

**Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
Stuttgart e.V.**

**„Fest in der sozialistischen Gesellschaft
verwurzelt“ !?**

Die DDR zwischen Antizionismus und Antisemitismus

Wettbewerbsarbeit

von

Simon Grümme

1	Einleitung	3
2	Umgang mit Schuld und Verantwortung	4
2.1	Umgang mit der Shoa	6
2.2	Entschädigung und Rückerstattung	7
2.3	Verhältnis zu Israel	10
3	Spätstalinistisch-antizionistische Verfolgungswelle in den 50er Jahren	12
3.1	Slansky-Prozesse 1952/1953	13
3.2	Parteisäuberungen in der SED – Der „Fall Paul Merker“	14
3.3	SED Ideologie in der Phase der Parteisäuberungen	16
4	Jüdisches Leben in der DDR	17
4.1	Antisemitische Straf- und Gewalttaten	18
4.2	Jüdische Gemeinden	19
5	Fazit	20
6	Literaturverzeichnis	22
7	Anhang	23
7.1	Abkürzungsverzeichnis	23
8	Erklärung des Verfassers	25

1 Einleitung

Nach mehreren Besuchen der Stadt Berlin, unter anderem mit Besichtigung des MfS-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen und der MfS Hauptzentrale, sowie weiterer Städte der ehemaligen DDR, begann ich einige (autobiographische) Bücher mit Bezügen zu dieser Zeit zu lesen. Im Mai 2014 begab ich mich auf eine Studienreise in das Konzentrationslager Auschwitz/Birkenau, dessen Geschichte bereits lange mein Interesse geweckt hatte. So entwickelte sich bei der Themenfindung zur Facharbeit im Dezember 2014 eine Synthese aus diesen unterschiedlichsten Themenfeldern der Geschichtswissenschaften. Im August 2015 wurde die Facharbeit für den Jenny-Heymann-Preis der GCIJZ Stuttgart leicht abgeändert.

Der Umgang der DDR mit den grauenvollen Verbrechen der Nationalsozialisten war mir im Vergleich zu der Aufarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland nicht bekannt. Daher stellte ich mir folgende Fragen: Wie geht ein sozialistischer deutscher Folgestaat des NS-Regimes mit seiner Schuld und Verantwortung um? Was würde besser und/oder anders sein im Vergleich zur historischen und kulturellen Aufarbeitung der Bundesrepublik Deutschland? Nach einiger Recherche entdeckte ich eine Vielzahl an Ambivalenzen und erschreckenden Ereignissen in der Geschichte der DDR, die das Themenfeld für die Facharbeit als attraktiv erscheinen ließen. Des Weiteren besitzt das Thema angesichts des aufkeimenden Antisemitismus in Europa, sowie des Umgangs der deutschen Linken mit dem Nah-Ost-Konflikt eine hohe Aktualität.

Diese Arbeit soll durch die Erörterung verschiedener Entwicklungen, wie dem des Verhältnis der DDR zu Israel und der Darstellung ausgewählter, entscheidender Ereignisse, hier sei der Slansky-Prozess und der Fall Paul Merker zu nennen, ein dem Umfang der Facharbeit adäquates Bild über den Antisemitismus in der DDR darlegen.

Der Titel dieser Arbeit ist ein Ausschnitt aus einem Zitat des Journalisten und SED-Propagandisten Karl Eduard von Schnitzler.¹ Dieser Ausschnitt des Zitates ist bewusst so gewählt, dass verschiedene Deutungen möglich sind. Zunächst kann dadurch, wie von Schnitzler intendiert, ein gutes Verhältnis zu den jüdischen Bürgern ausgedrückt werden, andererseits lässt sich die Verwurzelung aber auch auf den Antizionismus und

¹ „In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Bürger jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens fest in der sozialistischen Gesellschaft verwurzelt. Denn hier sind die Ursachen des Antisemitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden.“ Zit.n. ROSBACH, Jens. 2009. „*Antisemitismus in der DDR*.“ <http://www.deutschlandradiokultur.de/antisemitismus-in-der-ddr.1079.de.html?dram:article_id=176132> (16.12.14).

den daraus resultierenden Antisemitismus in der sozialistischen Gesellschaft beziehen. Die vorliegende Wettbewerbsarbeit ist in drei große Abschnitte zu gliedern. Zunächst wird der Umgang mit Schuld und Verantwortung der DDR nach dem Nationalsozialismus erläutert. Dabei wird nicht nur die unmittelbare Nachkriegsgeschichte betrachtet, sondern es werden auch langfristige Entwicklungen dargelegt, die sich besonders im Verhältnis zu Israel manifestieren. Darauf folgt eine detaillierte Betrachtung zweier für das Thema entscheidende Ereignisse. Zuletzt wird allgemein das jüdische Leben innerhalb des gesamten Bestehens der DDR beschrieben.

Untersuchungen und Studien über das jüdische Leben in der DDR und der Umgang mit der Vergangenheit konnten erst nach der Wiedervereinigung durchgeführt werden. Peter Maser veröffentlichte 1991 eine erste Abhandlung über diese Thematik. Im Laufe der Jahre konnten durch die Öffnung verschiedenster Archive weitestgehend alle Bereiche und Perspektiven untersucht werden.² Allerdings gibt es auch vermeintlich wissenschaftliche Abhandlungen, die versteckte Intentionen beinhalten. Hier ist das im sozialistischen Verlag *Das Neue Berlin* erschienene Werk von Detlef Joseph zu nennen. Er versucht eindeutig die Sachlage zu relativieren, Fakten anders darzustellen und die DDR als antifaschistischen Staat zu präsentieren. Andere Autoren wie Angelika Timm oder Anetta Kahane werden wegen ihren Verstrickungen zum SED-Regime kritisiert. Michael Wolffsohn wirft Angelika Timm Opportunismus vor, da sie in ihren in der DDR veröffentlichten Abhandlungen „geläufige antizionistische und israelfeindliche Äußerungen“ vertreten habe.³ Kahane wird wegen ihrer MfS-Tätigkeit kritisiert.

2 Umgang mit Schuld und Verantwortung

Während der gesamten NS-Zeit vertrat die KPD die Ansicht, dass die nationalsozialistische Schreckensherrschaft insgesamt nicht zu dem deutschen Volk gepasst habe. Diese Haltung änderte sich bei einigen Mitgliedern während ihres Aufenthalts im Exil, da sie das Ausmaß der systematischen Vernichtung der Juden erkannten und im Ausland die Angriffe der deutschen Luftwaffe unmittelbar

² Vgl. EPELMANN, Rainer. ¹2003. *Bilanzen und Perspektiven der DDR-Forschung*. Paderborn. S.217.

³ Siehe Anmerkung Nr. 53

miterlebten.⁴ Bereits am 4. Mai 1945 klagte der KPD Vorsitzende Wilhelm Pieck das deutsche Volk in einer Radioansprache an:

„Ihr habt auf die Warnungen der Antifaschisten nicht gehört, seid ihren Aufrufen nicht gefolgt.[...] Ihr ließt Euch blenden von den scheinbaren Erfolgen der Hitlermacht und naht in Euch das Nazigift der imperialistischen Raubideologie auf. Ihr wurdet zu Werkzeugen des Hitlerkriegs und habt damit eine große Mitschuld und Verantwortung auf Euch geladen.“⁵

Bereits in den Formulierungen dieser Ansprache zeigt sich die spätere Selbstdefinition der DDR als antifaschistisches Deutschland. Dafür instrumentalisierte man die Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und die KPD wurde daher als konsequenteste Kraft des antifaschistischen Widerstandes bestimmt, da sie alleine politisch motiviert und organisiert gewesen sei und die größten Opfer gebracht habe.⁶

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren entbrannte in der SBZ bzw. den dort agierenden kommunistischen Kreisen eine lebhafte Diskussion um Schuld und Verantwortung der Deutschen.

Trotz der Erfahrung der Shoa existierten in den Nachkriegsmonaten weiterhin zahlreiche antisemitische Ressentiments. Diese richteten sich zum Einen an die überlebenden, heimkehrenden deutschen Juden und zum Anderen an die sogenannten „Ostjuden“, welche aus den Vernichtungslagern, Evakuierungstransporten oder Ghettos entkommen waren. Diese wurden als kulturell Fremde und Kriminelle stigmatisiert.⁷ Katrin Hartewig schildert in ihrer Abhandlung „Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten“ den Fall eines thüringischen Polizeieinspektors, der bis 1945 im KZ Buchenwald in Haft saß, und fortan als „guter Genosse“ galt. Er forderte, dass „irgendwelche[...] aus dem Osten eingewanderte Juden“ keine Zuzugsgenehmigung für größere Städte erhalten dürften, da sie sonst „als Gewerbetreibende oder selbstständige

⁴ Vgl. KEBLER, Mario. ¹1995. *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz : politische Entwicklungen bis 1967*. Berlin. (Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien; Band 6) S.32f..

⁵ Zit.n. a.a.O. S.33.

⁶ Vgl. ILLICHMANN, Jutta. ¹1997. *Die DDR und die Juden : Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei – und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main. [1997, Universität Bonn, Diss] S.35.

⁷ Vgl. HARTEWIG, Katrin. ¹2000. *Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln. S.303.

Kaufleute auftreten“ und ihre Sesshaftwerdung generell unerwünscht sei. Stattdessen sollten sie auf dem Land „unter strengster Kontrolle leben“⁸.

2.1 Umgang mit der Shoa

Die nationalsozialistische bzw. faschistische Diktatur stellt den Tiefpunkt der deutschen Geschichte dar und ist zugleich Ausgangspunkt für die Entwicklung der beiden neuen deutschen Staaten. Die Abgrenzung von der Diktatur stand folglich im Mittelpunkt des politischen und kulturellen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Bei Betrachtung der für diese Diktatur verwendete Begrifflichkeit zeigt sich auch der Umgang mit dem Gedenken an die Shoa. Der in der Bundesrepublik Deutschland verwendete Begriff „Nationalsozialismus“ schließt laut der Historikerin Jutta Illichmann auch die Erkenntnis ein, dass der Antisemitismus ein wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie gewesen ist.⁹ Dagegen beschreibt der in der SBZ/DDR verwendete Begriff „Faschismus“, „[eine] [...] terroristische Diktatur der reaktionärsten [...] [und] am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹⁰. Antisemitismus wurde daher in der DDR nicht als ein entscheidender Bestandteil der NS-Herrschaft betrachtet, sondern nur verharmlosend als „Raubzug gegen jüdisches Eigentum“ und „zwangsläufige Folge des Systems faschistischer Herrschaft“ dargestellt.¹¹ Durch diese ökonomisch determinierte Faschismusdefinition¹² wurde eine tiefere Auseinandersetzung mit der Shoa verhindert.¹³

Innerhalb der Kultur der DDR allerdings besaß das Gedenken an die Shoa einen hohen Stellenwert. So wurden bereits ab 1946 in der SBZ DEFA-Filme zu der Thematik uraufgeführt.¹⁴ Des Weiteren gab es einige Theaterinszenierungen und viele Bücher, unter anderem als Lizenzausgabe ab den 1950er Jahren „das Tagebuch der Anne Frank“ und Dokumentationen des Aufstands im Warschauer Ghetto. Allerdings war dieses Gedenken an die Shoa nur im künstlerisch-literarischen Bereich vorhanden, da die SED

⁸ Zit.n. Ebd..

⁹ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.21.

¹⁰ Zit. n. ebd..

¹¹ A.a.O. S.22.

¹² Vgl. IHME-TUCHEL, Beate. ³2010. [12002]. *Die DDR*. Darmstadt. (Kontroversen der Geschichte) S.18.

¹³ Vgl. TIMM, Angelika. „Ein ambivalentes Verhältnis – Juden in der DDR und der Staat Israel.“ In: ZUCKERMANN, Moshe. (Hg.). ²2003. [12002]. *Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR*. Göttingen. S.23.

¹⁴ Bspw. Wolfgang Staudte „Die Mörder sind unter uns“, Uraufführung 15.10.1946 (1. DEFA-Film) Vgl. MATERIALIEN DER ENQUETE KOMMISSION (12. Wahlperiode des deutschen Bundestages) „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (Band 3). ¹1995. *Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Faktoren in Staat und Gesellschaft der DDR*. Baden-Baden. S.1582.

eine wissenschaftliche Aufarbeitung unterband, denn diese könnten zu einer kritischen Bewertung der aktuellen Israel-Politik der SED führen. Erst in den 70er Jahren erschienen die ersten Untersuchungen zu diesem Thema.¹⁵

Im Vordergrund des Gedenkens an die nationalsozialistischen Opfer standen die kommunistischen Verfolgten, die in einem Heldenkult zu „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ und Helden ernannt wurden. Am jeweils zweiten Sonntag des Septembers wurde ab 1946 der Gedenktag für die „Opfer des Faschismus“ begangen. Nachdem die Mahn- und Gedenkstätten in den Konzentrationslagern Buchenwald (1958), Ravensbrück (1959) und Sachsenhausen (1961) eingeweiht worden waren, wurde im April jeweils der „Internationale Tag der Befreiung der Konzentrationslager“ gefeiert. Auch hier stand der „antifaschistische Kämpfer“ als Held im Vordergrund. Der Vorsitzende des OdF,¹⁶ Ottomar Geschke, betonte diese Opfergruppe in besonderem Maße in seiner Rede anlässlich des OdF-Gedenktags am 22. September 1946:¹⁷

„Ehre und unsterblichen Ruhm den selbstlosen Kämpfern und tiefste Ehrfurcht den schuldlosen Opfern des Faschismus, die Märtyrer ihres Glaubens und ihrer Rasse wurden.“¹⁸

Abgesehen von der Fragwürdigkeit eines Märtyrertums der jüdischen Opfer wurde die große Zahl der jüdischen Opfer in den Hintergrund gerückt und nur als eine der vielen Opfergruppen betrachtet.¹⁹ „Ideologie und Pragmatismus verdrängten historische Schuld und politische Moral“, so die Historikerin Angelika Timm.²⁰

Erst zum 40. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1978 fand die Shoa und der Antisemitismus des NS-Regimes allmählich Anerkennung in der sozialistischen Gesellschaft, nachdem jahrzehntelang nur in der Halböffentlichkeit der jüdischen Gemeinden an dieses Ereignis erinnert wurde.²¹

2.2 Entschädigung und Rückerstattung

Bereits 1945 erließen die Länder der SBZ erste Verordnungen und Richtlinien, um den Opfern des NS-Regimes erste bescheidene Fürsorgeleistungen zukommen zu lassen.

¹⁵ Vgl. a.a.O. S. 1582f.

¹⁶ Verband der „Opfer des Faschismus“. Siehe Punkt 2.2: Entschädigung und Rückerstattung

¹⁷ Vgl. HARTEWIG. 2000. S. 527f.

¹⁸ Zit.n. ebd..

¹⁹ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.75.

²⁰ TIMM. 2003. S. 24.

²¹ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.75; Vgl. HARTEWIG. 2000. S.528.

Dazu zählten eine erhöhte Lebensmittelzuteilung, eine medizinische Betreuung, Kleidung, sowie Hilfgelder. Zudem wurde der Verband der Opfer des Faschismus (OdF) gegründet, der für die Anerkennung von Fürsorgeberechtigungen und deren Verteilung zuständig war.²² Dieser von Kommunisten dominierte Verband prägte fortan die politisch motivierte Einteilung in „Opfer des Faschismus“ und „Kämpfer gegen den Faschismus“.²³ Als Kämpfer wurden diejenigen bezeichnet, die „unter der Hitlerdiktatur heldenmütig für die Freiheit des deutschen Volkes gekämpft haben“, wohingegen die Juden, sowie die Zeugen Jehovas nur „Schweres erlitten, aber [...] nicht gekämpft [hätten].“²⁴ Ihnen wurde die Anerkennung als Fürsorgeberechtigte verweigert. In der Literatur finden sich teils widersprüchliche Angaben zur Entschädigung. Die Angaben reichen von strikter Ablehnung seitens der DDR bis in die 80er Jahre²⁵ hin zu einer Bevorzugung bei der Arbeit und der Beschaffung von Kleidung, Wohnraum, Zusatzurlaub, sowie eine Höherstufung in den Lebensmittel-Verbrauchergruppen.²⁶

Eine Rückerstattung des jüdischen Eigentums wurde strikt abgelehnt, da die Führung der SED darin eine Wiederherstellung des Kapitalismus sah, stattdessen befürworteten sie die Überführung des Eigentums in das Volkseigentum. Das alte Stereotyp des „jüdischen Kapitalisten“²⁷ tauchte ab 1948 in der Diskussion auf. Dadurch wurden sie als Klassengegner stigmatisiert und in das Klassenkampfeschema eingeordnet.²⁸ Dies zeigt sich in einer Äußerung Walter Ulbrichts gegenüber seinem Parteigenossen Leo Bauer:²⁹

„Nun, wir waren immer gegen die jüdischen Kapitalisten genauso wie gegen die nichtjüdischen. Und wenn Hitler sie nicht enteignet hätte, so hätten wir es nach der Machtergreifung getan.“³⁰

Des Weiteren argumentierten die Gegner der Rückerstattung mit begrenzten volkswirtschaftlichen Ressourcen und einer angeblichen Gefährdung des

²² Vgl. HAURY, Thomas. ¹2002. *Antisemitismus von links – Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR*. Hamburg. S.305.

²³ Vgl. EPELMANN, Rainer. ¹1996. *Lexikon des DDR-Sozialismus – Das Staats und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*. Paderborn. S.701.

²⁴ Zit n. HAURY. 2002. S.306.

²⁵ Vgl. ENQUETE KOMMISSION. 1995. S.1562.

²⁶ Vgl. KEBLER. 1995. S.45.

²⁷ Siehe Punkt 3.3: Ideologie in der Phase der Parteisäuberungen.

²⁸ Vgl. HAURY. 2002. S.328.

²⁹ Politiker und Journalist, Mitglied in der KPD und später der SED, der 1949 Chefredakteur des „Deutschlandsenders“ wurde; im Zuge der Parteisäuberungen in den 50er Jahren gemeinsam mit Paul Merker u.a. als „Spion“ der USA“ verurteilt. Vgl. KEBLER. 1995. S.178.

³⁰ Zit. n. HAURY. 2002. S.328f..

Wiederaufbaus. Diese Argumentation besitzt, abgesehen von der sozialistischen Färbung, Parallelen zur Vorgehensweise westdeutscher Gegner der Rückerstattung.³¹ Lediglich die jüdischen Gemeinden erhielten Eigentum zurück, darunter Grundstücke der Synagogen, Friedhöfe, sowie Immobilien.³² Die Rückerstattung von jüdischem Eigentum an einzelne jüdische Bürger blieb insgesamt aus.

Die genannten Punkte zeigen einen eklatanten Mangel an Sensibilität angesichts der ungeheuren Dimension des Massenmords an den Juden, unterschweligen Antisemitismus und die traurige Gleichgültigkeit der SED-Führung. Obwohl die DDR den Anspruch erhob, ein antifaschistischer Staat zu sein, lehnte sie jegliche (Folge-) Verantwortung ab, da die SED sie nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sah.³³

Allerdings gab es auch Gegenansichten im Kreise der KPD bzw. später der SED. Paul Merker³⁴ veröffentlichte bereits 1945 im mexikanischen Exil Abhandlungen über die Verfolgung der Juden als zentrales Merkmal des NS-Regimes. Er folgerte daraus eine uneingeschränkte Rückerstattung jüdischen Eigentums sowie „Wiedergutmachungsleistungen“. Antifaschistische Kämpfer könnten dagegen keine Entschädigungen erwarten, da deren Kampf gegen den Faschismus freiwillig aufgenommen worden sei.³⁵ Ab 1947 wurde unter der Leitung Paul Merkers zusammen mit anderen Genossen ein Gesetz zur „Wiedergutmachung“ geplant und 1948 der Parteiführung vorgelegt. Das eine individuelle Wiedergutmachung und eine Rückerstattung jüdischer Vermögenswerte beinhaltende Gesetz führte zu einem parteilichen Dissens, der teilweise heftige Kritik hervorrief.³⁶ Das Gesetz wurde nicht verabschiedet. Paul Merker wurde 1952 wegen seinen Wiedergutmachungsforderungen verhaftet, der „Verherrlichung des Zionismus“ bezichtigt und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.³⁷

³¹ Vgl. a.a.O. S.329.

³² Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.64.

³³ Vgl. EPELMANN. 1996. S.700.

³⁴ siehe Punkt 3.2: Parteisäuberungen in der SED – Der „Fall Paul Merker“.

³⁵ Vgl. HARTEWIG. 2000. S.278f..

³⁶ Vgl. a.a.O. S. 287.

³⁷ Vgl. AMADEU ANTONIO STIFTUNG. ¹2010. „Das hat's bei uns nicht gegeben!“ – Antisemitismus in der DDR. *Das Buch zur Ausstellung*. Berlin. S. 71; Siehe Punkt 3.2: Parteisäuberungen in der SED - Der „Fall Paul Merker“.

2.3 Verhältnis zu Israel

Das Verhältnis der DDR zu Israel kann nur mit Blick auf die internationalen Gegebenheiten betrachtet werden. Der offiziellen Politik der Sowjetunion folgend begrüßte die SED zunächst einen neu zu schaffenden israelischen Staat und stimmte der Resolution 181 (II) vom 29. Nov. 1947 der UN- Vollversammlung gemeinsam mit den Staaten des Ostblocks zu. Die Sowjetunion erhoffte sich dadurch eine Schwächung Großbritanniens im Nahen Osten und eine Stärkung ihres eigenen Einflusses vor Ort.³⁸

Der Vorsitzende der SED, Wilhelm Pieck, übergab der Columbia Broadcasting, New York folgende Stellungnahme:

„Wir betrachten die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Tausenden von Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen. [...]“³⁹

Die sozialistische Zeitung *Das Neue Deutschland* und andere Printmedien verfolgten bis 1949 eine durchgängig proisraelische Haltung, die als Kampf gegen „die imperialistischen Interessen“ der USA und „die reaktionären Standesinteressen der arabischen Fürsten“ bezeichnet wurde.⁴⁰

Doch bereits im Jahr 1950, wiederum der antizionistisch-stalinistischen Doktrin der UDSSR folgend, wandelte sich die Nahost-Politik fundamental und die DDR unterstützte die arabischen Staaten. Sie erhofften sich angesichts des arabischen Nationalismus einen realsozialistischen Machtzuwachs in der Region und der Zionismus galt fortan als reaktionär.⁴¹ Die DDR unterstützte während der Nahostkriege die arabischen Staaten mit militärischen Kooperationen und betonte oftmals ausschließlich die vermeintlichen Aggressionen Israels, ohne auf die Vorgeschichten dieses Konflikts näher einzugehen. So erschien Israel in der DDR-Publizistik als Aggressor und sogar terroristischer Staat. Gemäß des Blockdenkens galt Israel als Teil des imperialistischen Lagers, sei „Handlager“ der amerikanischen „Globalstrategie“ und „Speerspitze“ des Imperialismus.⁴² Zudem ging die DDR Vereinbarungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein (siehe Anhang), welche in den

³⁸ Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1364.

³⁹ Zit. n. HAURY. 2002. S.325.

⁴⁰ Vgl. a.a.O. S. 325.

⁴¹ Vgl. TIMM. 2003. S. 22.

⁴² Vgl. HARTEWIG. 2000. S.566f..

1970er Jahren dafür sorgten, dass die DDR international gesuchte Attentäter beherbergte. Somit stellte sie das Existenzrecht Israels indirekt in Frage.⁴³

Angesichts der proisraelischen Haltung des Ostblocks 1948 versuchten Paul Merker und seine Mitarbeiter, der jüdische Kommunist Dr. Leo Zuckermann⁴⁴ und der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Ost-Berlins Julius Meyer⁴⁵, kollektiv abgegoltene Wiedergutmachungszahlungen an Israel zur Diskussion zu stellen. 1948 fand ein Treffen des Co-Vorsitzenden der SED, Otto Grothwohl, mit dem israelischen Konsul aus München, sowie Vertretern der Jewish Agency aus Westberlin statt. Das Gespräch führte zu keinem Ergebnis und der Kontakt zu Israel brach nach der Staatgründung der DDR komplett ab. Die israelische Regierung forderte 1952 in einer diplomatischen Note von der DDR eine halbe Milliarde US-Dollar Entschädigung. Dies lehnte die SED in der Phase der Slansky-Prozesse⁴⁶ mit der antisemitischen Begründung ab, die Wiedergutmachung würden die „israelischen Großkapitalisten“ und „zionistischen Monopolkapitalisten“ unterstützen.⁴⁷

Erst vor der Wende 1989 begann die DDR unter dem Ministerrats-Vorsitzenden Hans Modrow eine normale Beziehung zu Israel aufzunehmen. Der DDR-Kulturminister Dietmar Keller sprach am 13. Dezember 1989 in einem Interview mit der „Jerusalem Post“ von 500 Millionen Mark Wiedergutmachung.⁴⁸ Aufgrund des schnellen Wiedervereinigungsprozesses erübrigten sich die Bemühungen bald.

Die Nahostwissenschaftlerin Angelika Timm⁴⁹ teilt das Verhältnis DDR - Israel in drei Perioden ein: Eine erste neutrale Periode (1947 bis 1950), die von einer freundlichen, vielversprechenden Stimmung geprägt war; eine zweite Periode der Konfrontation und

⁴³ Vgl. AMADEU ANTONIO STIFTUNG. 2010. S. 96.

⁴⁴ Rechtsanwalt und Staatsfunktionär; ab 1949 Leiter der Präsidialkanzlei im Rang eines Staatssekretärs; nach Angriffen im Zuge der Slansky Prozesse 1952/1953 Flucht in die BRD; später Emigration nach Mexiko. Vgl. KEBLER. 1995. S. 196.

⁴⁵ Seit 1945 im Vorstand der jüdischen Gemeinde Berlin, Leiter der OdF-Abteilung „Opfer der Nürnberger Gesetzgebung“ ab September 1945, SED-Mitglied und Abgeordneter der VVN in der Volkskammer, Vorsitzender des Verbands der Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR. Vgl. HAURY. 2002. S. 307; Siehe Punkt 4.2: Jüdische Gemeinden.

⁴⁶ Siehe Punkt 3.1: Slansky Prozesse 1952/1953.

⁴⁷ Vgl. HAURY. 2002. S. 327.

⁴⁸ Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1591.

⁴⁹ Der Historiker Michael Wolffsohn wirft in seiner 1995 erschienen Publikation „Die Deutschland Akte“, Angelika Timm Opportunismus vor, da sie in ihren in der DDR veröffentlichten Abhandlungen „geläufige antizionistische und israelfeindliche Äußerungen“ vertreten habe, aber nun nach der Wende ostdeutsche Wissenschaftler auffordere, „das verzerrte [...] Bild des Zionismus und Israels zu korrigieren.“ Zit.n. BRODER, Henryk M. 1995. „Die nützlichen Idioten – Spiegel-Autor Henryk M. Broder über Michael Wolffsohns ‘Die Deutschland Akte.’“ <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9221729.html>> (22.02.15).

Ablehnung (bis 1989) und schließlich konkrete diplomatische Verhandlungen und Anerkennung (1989 bis zur Wiedervereinigung).⁵⁰

3 Spätstalinistisch-antizionistische Verfolgungswelle in den 50er Jahren

Im Zuge der Stalinisierung erfasste die DDR in den frühen 1950er Jahren eine Welle des Antizionismus und Antisemitismus. Die aktive Berichterstattung der sozialistischen Zeitung *Neues Deutschland* über die Slansky-Prozesse⁵¹ und die „Entlarvung einer jüdischen Ärzteverschwörung“ im Kreml, verbunden mit Überschriften, wie „Den Zionismus entschieden bekämpfen“⁵² trugen zu der von der UDSSR ausgehenden antizionistischen Stimmung bei. Die Repressionen gegen die jüdischen Gemeinden wuchsen.⁵³ So wurden Gemeindebüros durch das Ministerium für Staatssicherheit durchsucht und zudem auch Akten und Gebetsbücher beschlagnahmt.⁵⁴ Außerdem wurde der jüdische Schulunterricht und diverse kulturelle Veranstaltungen verboten. Das MfS überwachte auch teilweise mithilfe hebräisch-sprechender Informanten die Gottesdienste der jüdischen Gemeinden und zudem die Kommunikation einiger Gemeindemitglieder.⁵⁵ Laut Jutta Illichmann soll die Post Anweisungen bekommen haben, die ankommende Post und Telefonanschlüsse zu überwachen. Es kam im weiteren Verlauf sogar zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen. So wurde beispielsweise der spätere Historiker Helmut Eschwege aus seinem Amt als Abteilungsleiter des Museums für deutsche Geschichte entlassen, da er in der jüdischen Gemeinde Vorstand sei, jiddische Zeitung lese und in der Emigration in Palästina gewesen sei. Zudem habe er sich zur „jüdischen Nationalität“ bekannt.⁵⁶ Gemeindemitglieder der Führungsebene, unter anderem Julius Meyer, wurden von der SED zur Denunziation Israels als faschistischem Staat aufgefordert und sollten die Existenz von Antisemitismus als Propagandalüge des Westens leugnen. Die UDSSR forderte die SED auf, jüdische Bürger registrieren zu lassen.⁵⁷ Jüdische Mitglieder des

⁵⁰ Vgl. TIMM. 2003. S.24.

⁵¹ Siehe Unterkapitel zu Punkt 3.

⁵² Zit.n. HAURY. 2002. S. 399.

⁵³ Vgl. a.a.O. S.400.

⁵⁴ Vgl. KEBLER. 1995. S.101.

⁵⁵ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.120f..

⁵⁶ Vgl. HAURY. 2002. S.401.

⁵⁷ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.120f..

VVN äußerten Angst vor einem bevorstehendem Pogrom.⁵⁸ Die VVN wurde aufgelöst und durch das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ ersetzt, das die jüdischen Verfolgten nur sehr gering berücksichtigte.⁵⁹

Dass sich das soziale Klima in der DDR änderte, zeigt sich auch an der Tatsache, dass sich ab 1951 jüdische SED Mitglieder aus den Gemeinden zurückzogen, denn jüdische Funktionäre, die aktives Mitglied in den Gemeinden waren, standen unter ständiger Beobachtung des MfS und waren einer Vielzahl von Denunziationen ausgesetzt. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden, Julius Meyer, wurde als „Schieber und Karrierist“, sowie „regelrechter amerikanischer Agent“⁶⁰ bezeichnet. Nachdem er von verschiedensten Seiten unter Druck gesetzt wurde, flüchtete er am 13. Februar 1952 über Nacht in den Westen.⁶¹ Darauf folgte eine Massenflucht von ungefähr 550 Juden in den Westen.⁶²

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 endete die offen antisemitische Verfolgungswelle. Die Flüchtlingswelle jüdischer Bürger in den Westen stoppte und die SED begann eine völlig andere Politik, welche die Juden fortan für ihre Darstellung als antifaschistischer Staat instrumentalisieren sollte.⁶³

3.1 Slansky-Prozesse 1952/1953

Ab den späten 1940er Jahre erfassten sog. Parteisäuberungsmaßnahmen und Schauprozesse den gesamten Ostblock. Stalin wollte angesichts des sich verschärfenden Kalten Kriegs seine Macht und den Einfluss in den östlichen „Volksdemokratien“ sichern.⁶⁴ Die Schauprozesse wurden zu Propagandazwecken inszeniert und sollten politische, soziale und kirchliche Eliten einschüchtern. Besonders in der eigenen Partei, der KPdSU, und den anderen kommunistischen Parteien des Ostblocks wurden Mitglieder ausgeschlossen und/oder zu Schauprozessen verurteilt. Dadurch sollten sich bedingungslos unterwerfende Parteikader entwickeln.⁶⁵ Der Soziologe und Historiker

⁵⁸ Vgl. SCHMIDT, Monika. ¹2007. *Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR*. Berlin. S.25.

⁵⁹ Vgl. OSTOW, Robin. ¹1988. *Jüdisches Leben in der DDR*. Frankfurt am Main. S. 16.

⁶⁰ Zit.n. ILLICHMANN. 1997. S.121.

⁶¹ Vgl. a.a.O. 1997. S.121f; Vgl. KEBLER. 1995. S.102.

⁶² Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1560.

⁶³ Vgl. OSTOW. 1988. S.17.

⁶⁴ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.79.

⁶⁵ Vgl. HAURY. 2002. S.330f..

Thomas Haury nennt dies „ein Strukturmerkmal einer terroristisch administrativen Machtgewinnung und – sicherung.“⁶⁶

Im November 1952 fand in Prag ein Schauprozess gegen den ehemaligen tschechischen Innenminister und KP-Generalsekretär Rudolf Slansky und dreizehn weitere Mitangeklagte statt. Diesen allesamt überzeugten Kommunisten jüdischen Glaubens wurden durch Folter und Erpressung einstudierte „Geständnisse“ erzwungen. Sie mussten sich für völlig fiktive Verbrechen verantworten, wie z.B. „Nationalismus, Verschwörung gegen Volk und Vaterland [und] [...] Zionismus.“ Außerdem seien sie „Agenten einer weltweiten imperialistisch-zionistischen Verschwörung gegen die [UDSSR].“⁶⁷ Sieben Jahre nach Ende des nationalsozialistischen Regimes lebte das antisemitische Hassbild der „jüdischen Weltverschwörung“ wieder auf.⁶⁸ Das eindeutig antisemitisch geprägte Plädoyer des Staatsanwalts hatte zur Folge, dass Rudolf Slansky und zehn weitere Angeklagte am 30. Dezember 1952 hingerichtet wurden. Die drei restlichen Mitangeklagten wurden zu einer lebenslangen Haft verurteilt.⁶⁹

Stalins Tod 1953 und die darauf folgende Politik in der CSSR hatten zur Folge, dass 1963 alle Verurteilten durch den Obersten Gerichtshof rehabilitiert wurden und 1968 den höchsten Orden der CSSR verliehen bekamen.⁷⁰

3.2 Parteisäuberungen in der SED – Der „Fall Paul Merker“

Paul Merker wurde am 1. Februar 1894 in Oberlößnitz bei Dresden geboren. Er trat mit 17 Jahren einem Gewerkschaftsverband bei und war Soldat im Ersten Weltkrieg. 1920 trat er in die KPD ein, für die er 1924-32 im Preußischen Landtag als Abgeordneter kandidierte. 1939 wurde er in das ZK und Politbüro der KPD gewählt. Bei Kriegsausbruch emigrierte er nach Frankreich und wurde dann später im Lager Vernet interniert. Er flüchtete daraufhin ins Exil nach Mexiko. Im mexikanischen Exil veröffentlichte er verschiedene Bücher, war der Herausgeber der Zeitung „Freies Deutschland für Lateinamerika“, deren gleichnamiger Bewegung er der Generalsekretär war. 1946 kehrte er über die UDSSR in die SBZ zurück und wurde im Mai in das Politbüro der neu entstandenen SED gewählt. Ab 1949 war er Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Abgeordneter der Volkskammer der DDR

⁶⁶ Zit n. a.a.O. 2002. S. 332.

⁶⁷ A.a.O. S. 334f.

⁶⁸ Siehe Punkt 3.3.: SED Ideologie in der Phase der Parteisäuberungen.

⁶⁹ Vgl. KEBLER. 1995. S.86f..

⁷⁰ Vgl. KEBLER. 1995. S.87.

und veröffentlichte zudem weitere Bücher.⁷¹ Aufgrund seines Status als sogenannter Westemigrant in der Phase der Parteisäuberungen verfolgt, verlor er 1950 alle (partei-) politischen Ämter und wurde aus der SED ausgeschlossen. Er musste daraufhin in Luckenwalde als Leiter einer staatlichen HO-Gaststätte arbeiten. Wie nachfolgend dargestellt, wurde er im Zuge des Slansky-Prozess 1952 verhaftet und 1956 rehabilitiert. Er arbeitete darauf als Lektor im Verlag „Volk und Welt“ und verstarb am 13. Mai 1969 in Berlin.⁷²

Parallel zum Slansky-Prozess 1952 begann man auch in der DDR mit antisemitischen Repressionen. Am 30. November 1952 wurde Paul Merker auf Befehl des Politbüros durch das MfS festgenommen. Zuvor wurde Merker tagelang überwacht und seine Wohnung durchsucht.⁷³ Das ZK der SED veröffentlichte dazu im Januar 1953 die „Lehren aus dem Prozeß [sic!] gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ in den Zeitungen „Junge Welt“ und „Neues Deutschland“. Dort wurden der bereits verhaftete Paul Merker und weitere „verdächtige“ Genossen wie Leo Zuckermann und Erich Jungmann des „Zionismus“ bezichtigt.⁷⁴ Speziell Paul Merker wurde zur Last gelegt, im Exil Auffassungen des Zionismus vertreten zu haben und eine Wiedergutmachung gefordert zu haben, um „dem US-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen.“⁷⁵

Paul Merker wurde mehr als ein Jahr im Untersuchungsgefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen festgenommen und verhört, um in einem späterem nach sowjetischem Vorbild durchgeführten Schauprozess Hauptangeklagter zu werden. Dieser wurde aufgrund von Stalins Tod im Jahre 1953 schließlich nicht mehr ausgeführt. Dennoch verurteilte die DDR-Justiz ihn in einem nicht-öffentlichen Prozess zu acht Jahren Zuchthaus.⁷⁶ Am 21. Juli 1956 wurde Merker vom Ersten Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, welches ihn zuvor verurteilt hatte, von allen

⁷¹ BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG. „*Biographische Angaben aus dem Handbuch der deutschen Kommunisten.*“ <<http://bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=2297>> (03.02.15).

⁷² STIFTUNG GEDENKSTÄTTE HOHENSCHÖNHAUSEN. „*Häftlingbiografien.*“ <http://www.stiftung-hsh.de/page.php?flag_id=&cat_id=cat_226&con_id=con_666&page_id=443&subcat_id=cat_226&recent_cat=cat_165&back=1&special=0&html=0> (03.02.15).

⁷³ Vgl. HAURY. 2002. S.391f.

⁷⁴ Vgl. HARTEWIG. 2000. S.339; Siehe Punkt 3.3.: SED Ideologie in der Phase der Parteisäuberungen.

⁷⁵ Vgl. KESSLER, Mario. „Verdrängung der Geschichte – Antisemitismus in der SED 1952/1953“ In: ZUCKERMANN, Moshe. (Hg.). ²2003. [¹2002]. *Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR.* Göttingen. S.41f.; Vgl. KESSLER. 2003. S.42.

⁷⁶ STIFTUNG GEDENKSTÄTTE HOHENSCHÖNHAUSEN. „*Häftlingbiografien.*“ <http://www.stiftung-hsh.de/page.php?flag_id=&cat_id=cat_226&con_id=con_666&page_id=443&subcat_id=cat_226&recent_cat=cat_165&back=1&special=0&html=0> (03.02.15)

Anklagepunkten freigesprochen und mit 50.000 DDR-Mark „entschädigt“.⁷⁷ Auf Merkers Anfrage hin schrieb ihm Walter Ulbricht:

„Die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ergab, daß [sic!] die dir zur Last gelegten Anschuldigungen politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen.“⁷⁸

Somit wurde Paul Merker zwar juristisch, aber nicht wirklich politisch rehabilitiert.⁷⁹

3.3 SED Ideologie in der Phase der Parteisäuberungen

Die antizionistische Ideologie der SED entstand nicht nur aus der sowjetischen Abhängigkeit, sondern ist auch in dem ausdrücklichen Willen der SED-Parteiführung begründet. Die SED-Parteiführung und insbesondere Walter Ulbricht nutzten die Parteisäuberungen zum Ausbau und zur Stärkung ihrer eigenen Macht. In den „Lehren aus dem Prozeß [sic!] gegen das Verschwörerzentrum Slansky“ wurde eindeutig auch die Absicht formuliert, die Parteimitglieder zu disziplinieren.⁸⁰

Opfer des Antizionismus der SED wurden hauptsächlich Juden, die Parteimitglieder waren, in Kontakt mit den jüdischen Gemeinden standen, oder im Exil gelebt hatten. Sie wurden mit Kapitalisten gleichgesetzt und als Klassengegner, Parteifeinde und Agenten des amerikanischen Imperialismus bezeichnet.⁸¹ „USA-Imperialismus“, „Zionismus“, „Israel“, sowie „jüdische Kapitalisten“ werden dabei als eine zusammenhängende Verschwörung gesehen. Dadurch wurden alle jüdischen Vereine, Gemeinden oder Organisation per se zu feindlichen Agenten der USA erklärt. Somit konnte die gesamte Entschädigung und Rückerstattung als „Ausplünderung“ und „Preisgabe deutschen Volksvermögens“ erklärt und abgelehnt werden. Das „Deutsche Volk“ stehe „den jüdischen Kapitalisten“ gegenüber.⁸²

Aus dem Antizionismus der SED entwickelten sich antisemitische Strömungen. Laut der Theorie Jutta Illichmanns galt der Antisemitismus anfangs als Eigenschaft und Mittel des Imperialismus, das zu bekämpfen sei. Aber auch der Zionismus, welcher nationale jüdische Interessen vertrete, wurde bekämpft. Dieser Antizionismus

⁷⁷ Vgl. KESSLER. 2003. S.42.

⁷⁸ Zit.n. a.a.O. 1995. S.98.

⁷⁹ BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG. „*Biographische Angaben aus dem Handbuch der deutschen Kommunisten.*“ <<http://bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=2297>> (03.02.15)

⁸⁰ Vgl. HAURY. 2002. S.446f..

⁸¹ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.128f..

⁸² Vgl. HAURY. 2002. S.393-395.

vermischte sich dann mit dem Antisemitismus, obwohl dieser offiziell bekämpft werden sollte.⁸³ Die Ideologie machte auch vor einer Täter-Opfer-Verkehrung nicht halt. Am 25. November 1952 erschien in der Zeitung „Neues Deutschland“ ein Artikel, in dem behauptet wird, dass die Wiedergutmachung der BRD „ein reines Geschäft zwischen westdeutschen und israelischen Großkapitalisten“ sei und „unter der Maske reuiger Sünder neue Absatzmärkte [geschaffen würden], die „auch den israelischen Großkapitalisten neue Profitquellen [erschließe].“⁸⁴

4 Jüdisches Leben in der DDR

Das jüdische Leben in der DDR war von vielen Ambivalenzen gekennzeichnet. In der Phase der Parteisäuberungen bis 1953 waren Juden vielen Vorurteilen und Stigmatisierungen ausgeliefert. Zionismus galt als zu bekämpfendes Übel und jüdische Gemeinden wurden angefeindet und durch das MfS ausspioniert.⁸⁵ Nach 1953 wandelte sich das Bild und die DDR war „in allem, was die Juden betrifft, außerordentlich zuvorkommend und hilfsbereit [...]“.⁸⁶ Der Großteil der jüdischen Parteimitglieder und jüdischen Regierungsmitglieder wurde rehabilitiert und konnte einflussreiche Positionen einnehmen.⁸⁷ Dennoch lässt sich die immer noch vorhandene Ambivalenz mit einem Ausspruch des französischen Politikers Clermont Tonnerre verdeutlichen: „ Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen ist alles zu gewähren.“⁸⁸

Im wissenschaftlich-kulturellen Bereich wurde dem Judentum eine öffentliche Wirksamkeit verwehrt. So gab es an den Universitäten der DDR bis 1989 keine judaistischen Lehrstühle und Vertreter der Gemeinden durften sich nicht an internationalen Kongressen beteiligen. Außerdem wurden jüdische Kulturveranstaltungen nur sehr gering beworben und auch historische Stätten des ostdeutschen Judentums wurden nicht gekennzeichnet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Gegensatz zu den „Helden“ des antifaschistischen, kommunistischen Widerstands durften jüdische Widerstandskämpfer nicht erwähnt

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Zit n. a.a.O. S.398.

⁸⁵ Siehe Punkt 3: Spätstalinistisch-antizionistische Verfolgungswelle in den 50er Jahren

⁸⁶ Zit.n. OSTOW. 1988. S.17.

⁸⁷ Vgl. a.a.O. 1988. S.18.

⁸⁸ Politiker der konstitutionellen Monarchisten in der französischen Nationalversammlung; Ausspruch vom 21. Dezember 1789; Vgl. MARTINI, Winfried. 1953. „*Warum die Sowjets die Juden vernichten – der Kampf für die rote Assimilation und gegen den Zionismus.*“ <<http://www.zeit.de/1953/09/warum-die-sowjets-die-juden-vernichten>> (28.02.15).

werden. Des Weiteren gab es keine Möglichkeit einer politischen Organisation, ausgenommen den vom MfS streng kontrollierten Verband der jüdischen Gemeinden.⁸⁹

Andererseits bemühte sich die Führung der SED auch um eine persönliche Fürsorge der jüdischen Mitbürger. So finanzierte die DDR den Unterhalt und die Instandhaltung, sowie Renovierung einiger Synagogen⁹⁰ und 130 jüdischer Friedhöfe in ihrem Staatsgebiet. In Ost-Berlin wurden sogar ein jüdisches Altersheim, eine koschere Fleischerei und eine jüdische Bibliothek durch die Regierung subventioniert. Sogar jiddische Volksmusik wurde durch den VEB Deutsche Schallplatten veröffentlicht.⁹¹

4.1 Antisemitische Straf- und Gewalttaten

Lebensberichte und Interviews mit verschiedensten jüdischen Bürgern der ehemaligen DDR können Beispiele für alltäglichen Antisemitismus aufzeigen. So berichtet Annetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeo Antonio Stiftung ist, in der Abhandlung „Ein ganz normales Leben – Alltag und Gesellschaft in der DDR“ von Mary Fulbrook über ihren Erfahrung als Tochter jüdischer Kommunisten in der DDR. So wurde sie von der Mutter einer Schuldfreundin feindselig behandelt, weil sie einen Davidstern getragen habe. Zudem habe ein älterer Bewohner eines ehemaligen jüdischen Viertels in Berlin dessen Bewohner als „Gesindel,[...] Abschaum, Nutten und Juden“ bezeichnet.⁹² Die ambivalente Verbindung zwischen Philosemitismus und Antisemitismus habe das alltägliche Leben erheblich erschwert, so Anetta Kahane.⁹³

In weiteren Interviews jüdischer Bürger der DDR wird der alltägliche Antisemitismus deutlich. Peter Fischer berichtet bei Vincent v. Wroblewsky von einem NVA-Offizier, der gerufen habe: „Du wirst sehen, wir zünden die Öfen von Auschwitz wieder an“.⁹⁴ Es gab zudem Schändungen jüdischer Friedhöfe in erheblichem Ausmaß. Monika Schmidt veröffentlichte zu diesem Thema im Jahre 2007 ein Buch. In vielen Orten wurden Grabsteine umgestoßen, vernichtet oder mit antisemitischen Schmierereien geschändet. Teilweise blieben die Friedhöfe in diesem Zustand jahrelang ungepflegt.

⁸⁹ Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1574f..

⁹⁰ So wurden die Synagogen in Ost-Berlin, Dresden und Leipzig renoviert und in Stand gehalten.

⁹¹ Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1576- 1581.

⁹² Zit.n. FULBROOK, Mary. ¹2008. *Ein ganz normales Leben – Alltag und Gesellschaft in der DDR*. Darmstadt. S.281.

⁹³ Vgl. a.a.O. 2008. S.281

⁹⁴ Vgl. VON WROBLEWSKY, Vincent. ¹2001. *Eine unheimliche Liebe – Juden in der DDR*. Berlin/Wien. S. 72f..

Des Weiteren wurden sogar Grabsteine als Baumaterial verwendet und Friedhöfe eingeebnet und bebaut.⁹⁵

Der vorhandene Antisemitismus wurde von der SED-Führung entweder totgeschwiegen oder mit dem negativen Einfluss westlicher Gesellschaften begründet. Fehlentwicklungen in der sozialistischen Gesellschaft wurden nicht benannt oder aufgearbeitet.⁹⁶

4.2 Jüdische Gemeinden

Nach Kriegsende lebten in der SBZ noch ca. 3500-4500 Juden. Dies waren vor allem Überlebende der Konzentrationslager, aus der Illegalität auftauchende Juden, sowie aus Osteuropa stammende jüdische *displaced persons*. Dazu kamen noch aus dem Exil zurückkehrende Remigranten.⁹⁷ Ab 1945 wurden in der gesamten SBZ jüdische Gemeinden gegründet und auch der *Verband der jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR* gebildet, der ab 1952 als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt wurde. Dessen Aufgabe war es, die jüdische Gemeinschaft der DDR vor dem Staat und gesellschaftlichen Organisationen zu vertreten. Zudem sollten die elementaren Lebensgrundlagen der Mitglieder gesichert werden.⁹⁸ 1952 lag die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden bei 2600 und 1975 bei 728. Bis 1982 schrumpfte die Zahl auf 475 Mitglieder in allen jüdischen Gemeinden der DDR. Als Ursachen des starken Mitgliederschwundes sind die große Überalterung der Gemeinden, sowie die Abwanderung, die besonders in der Zeit der antizionistischen Verfolgungswelle stattfand, zu benennen.

Die Jüdische Gemeinde von Berlin wurde offiziell am 21. Juli 1945 gegründet. Sie war bis 1952 die einzige Organisation, die im West- und Ostteil Berlins vertreten war. Sie wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit „Liquidationsgemeinde“ genannt, da viele Überlebenden diese für ihre Auswanderung in die USA oder Israel nutzten und sich viele Juden kein Leben mehr in Deutschland vorstellen konnten.⁹⁹

⁹⁵ Vgl. SCHMIDT. 2007. S.7.

⁹⁶ Vgl. TIMM. 2003. S. 21.

⁹⁷ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.116; Vgl. ENQUETE-KOMMISSION. 1995. S.1552f..

⁹⁸ Vgl. ILLICHMANN. 1997. S.118f.

⁹⁹ Vgl. OSTOW. 1988. S.14.

5 Fazit

Die Untersuchung hat gezeigt, dass der Umgang mit den Juden in der DDR sehr ambivalent war. Zur Bewältigung der eigenen deutschen Vergangenheit wurden ausschließlich die antifaschistischen, kommunistischen Widerstandskämpfer in den Vordergrund gerückt und die jüdischen Opfer dadurch vergessen. Auch die ökonomisch determinierte Definition des Faschismus verhinderte eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Die jüdische Bevölkerung bekam nur eine sehr geringe Entschädigung und es gab keinerlei Rückerstattung des „arisieren“ Eigentums, da die „jüdischen Kapitalisten“ nicht unterstützt werden sollten.

Außenpolitisch, wie auch innenpolitisch, musste die DDR immer der politischen Linie ihres großen sozialistischen Bruderstaats UDSSR folgen. Dies zeigt sich besonders am Verhältnis zu Israel, das sich zunächst positiv entwickelte. Ab den 1950er Jahren war es allerdings von Ideologien gekennzeichnet. Israel wurde als „imperialistischer und terroristischer Staat“, sowie als „Handlager des US-Imperialismus“¹⁰⁰ bezeichnet. Dagegen wurden die Arabischen Staaten von der DDR militärisch unterstützt. Diplomatische Beziehungen zu Israel konnten sich erst in den späten 1980er Jahren entwickeln, die sich aber wegen des schnellen Wiedervereinigungsprozesses erübrigten.

In den 1950er Jahren folgte die SED wiederum der sowjetischen Linie und wollte zum Zwecke der Parteisäuberung einen eigenen antizionistischen Schauprozess veröffentlichen. Zwar gab es wegen Stalins Tod keinen Schauprozess mehr, jedoch wurde Paul Merker trotzdem zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die 1950er Jahre waren von einer Welle des Antisemitismus gegenüber der jüdischen Bevölkerung geprägt, der in einem ideologisierten Antizionismus zu begründen ist. Dabei wurden Juden mit Zionisten gleichgestellt und es entwickelte sich daraus Antisemitismus.

Auch im privaten Bereich gab es vielfach Antisemitismus, der sich in Vorurteilen, Ablehnung und Schändungen jüdischer Friedhöfe widerspiegelt. Dennoch gab es auch hier eine Ambivalenz durch vorhandenen Philosemitismus. Im öffentlichen Bereich wurde den Juden eine Wirksamkeit verwehrt, dafür wurden Synagogen renoviert, koschere Lebensmittelläden eröffnet, und auch ein jüdisches Altersheim unterhalten.

Die gesellschaftlichen und ideologischen Probleme wurden von der SED-Führung nie benannt oder aufgearbeitet. Mithilfe des antisemitischen Stereotyp vom „jüdischen

¹⁰⁰ Vgl. HARTEWIG. 2000. S.566f..

Kapitalisten“ wurde eine Täter-Opfer Verkehrung möglich gemacht. Das „deutsche Volk“ werde durch eine Wiedergutmachung von den „jüdischen Kapitalisten“ ausgebeutet.

Die Ambivalenz der DDR im Umgang mit den Juden resultierte auch aus der ideologischen Anpassung an die UDSSR. Deren menschenverachtender, ideologisch verbohrt und zudem willkürlicher Charakter zeigt, dass Antisemitismus kein Alleinstellungsmerkmal einer rechtsextremen Politik ist, sondern auch in ähnlich ideologischem Ausmaße in einer sozialistischen Gesellschaft vorhanden war.

Die aktuellen gewalttätigen Ausschreitungen und der Fremdenhass, der den Flüchtlingen mit erschreckender Vehemenz entgegenschlägt, werden zugleich von einer Welle des unterschweligen bis offen ausgetragenen Antisemitismus innerhalb der Bundesrepublik, vor allem aber in den ostdeutschen Gebieten begleitet. Diese Einstellungen lassen sich als geistiges Erbe der DDR einstufen. Daher ist es wichtig über die Geschichte des Antisemitismus in der DDR aufzuklären.

6 Literaturverzeichnis

- AMADEU ANTONIO STIFTUNG. ¹2010. „*Das hat's bei uns nicht gegeben!*“ – *Antisemitismus in der DDR. Das Buch zur Ausstellung*. Berlin.
- BRODER, Henryk M. 1995. „*Die nützlichen Idioten – Spiegel-Autor Henryk M. Broder über Michael Wolffsohns "Die Deutschland Akte."*“
<<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9221729.html>> (22.02.15).
- BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG. „*Biographische Angaben aus dem Handbuch der deutschen Kommunisten.*“ <<http://bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=2297>> (03.02.15).
- EPELMANN, Rainer. ¹2003. *Bilanzen und Perspektiven der DDR-Forschung*. Paderborn.
- EPELMANN, Rainer. ¹1996. *Lexikon des DDR-Sozialismus – Das Staats und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*. Paderborn.
- ENQUETE KOMMISSION (12. Wahlperiode des deutschen Bundestages) „*Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*“ (Band 3). ¹1995. *Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Faktoren in Staat und Gesellschaft der DDR*. Baden-Baden.
- FULBROOK, Mary. ¹2008. *Ein ganz normales Leben – Alltag und Gesellschaft in der DDR*. Darmstadt.
- HARTEWIG, Katrin. ¹2000. *Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln.
- HAURY, Thomas. ¹2002. *Antisemitismus von links – Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR*. Hamburg.
- ILLICHMANN, Jutta. ¹1997. *Die DDR und die Juden : Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei – und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*. Frankfurt am Main. [1997, Universität Bonn, Diss].
- IHME-TUCHEL, Beate. ³2010. [¹2002]. *Die DDR*. Darmstadt. (Kontroversen der Geschichte).
- KEBLER, Mario. ¹1995. *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz : politische Entwicklungen bis 1967*. Berlin. (Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien; Band 6).
- MARTINI, Winfried. 1953. „*Warum die Sowjets die Juden vernichten – der Kampf für die rote Assimilation und gegen den Zionismus.*“ <<http://www.zeit.de/1953/09/warum-die-sowjets-die-juden-vernichten>> (28.02.15).
- OSTOW, Robin. ¹1988. *Jüdisches Leben in der DDR*. Frankfurt am Main.
- ROSBACH, Jens. 2009. „*Antisemitismus in der DDR.*“
<http://www.deutschlandradiokultur.de/antisemitismus-in-der-ddr.1079.de.html?dram:article_id=176132> (16.12.14).
- SCHMIDT, Monika. ¹2007. *Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR*. Berlin.
- STIFTUNG GEDENKSTÄTTE HOHENSCHÖNHAUSEN. „*Häftlingbiografien.*“
<<http://www.stiftung->

hsh.de/page.php?flag_id=&cat_id=cat_226&con_id=con_666&page_id=443&subcat_id=cat_226&recentcat=cat_165&back=1&special=0&html=0> (03.02.15).

VON WROBLEWSKY, Vincent. ¹2001. *Eine unheimliche Liebe – Juden in der DDR*. Berlin/Wien.

ZUCKERMANN, Moshe. (Hg.). ²2003. [¹2002]. *Zwischen Politik und Kultur – Juden in der DDR*. Göttingen.

7 Anhang

7.1 Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CSSR	Tschechoslowakei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
HO	Handelsorganisation
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee
OdF	Opfer des Faschismus
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
UN	Vereinigte Nationen
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

VEB	Volkseigener Betrieb
ZK	Zentralkomitee